

Zur praktischen Relevanz des Institutionsbegriffs

Schüle, Johann August

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schüle, J. A. (2007). Zur praktischen Relevanz des Institutionsbegriffs. *Psychologie und Gesellschaftskritik*, 31(1), 9-33. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-289130>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Johann August Schüle

Zur praktischen Relevanz des Institutionsbegriffs

Auf dem Hintergrund der allgemeinen Schwierigkeiten sozialwissenschaftlicher Theorie, ihren (vielschichtigen, widersprüchlichen, dynamischen) Gegenstand zu erfassen, wird versucht, eine allgemeine Konzeption des Institutionsbegriffs zu umreißen. Dabei werden Institutionen als stabile Relationen in einem dynamischen Kontext gesehen, wobei die Hervorhebung als Institution auch von der Bezugsperspektive abhängig ist. In der Folge werden Phasen des Institutionalisierungsprozesses, das Funktionsniveau von Institutionen, ihr produktiver und reproduktiver Prozess, Formen und Typen ihres Operierens und themenspezifische Aspekte ihrer Praxis diskutiert.

Schlüsselbegriffe: Institution, Institutionstheorie, Institutionsanalyse, Institutionsentwicklung

Zum Thema

Die Überschrift dieses Aufsatzes berührt ein heikles Kapitel sozialwissenschaftlicher Erkenntnis. Denn eine unmittelbare praktische Relevanz haben sozialwissenschaftliche Theorien prinzipiell nicht – wenn man unter »praktisch« versteht, dass Theorien Instrumente liefern, mit denen reale Problemstellungen direkt und eindeutig bewältigbar sind. – Dies liegt in der Sache selbst. Um sich dies klar zu machen, ist ein kurzer Blick auf das Verhältnis von Gegenstand und Erkenntnisprozess im Bereich der Sozialwissenschaften erforderlich (der in diesem Rahmen naturgemäß extrem kurz ausfällt).

Zu den besonderen Merkmalen sozialer Realität gehört, dass sie nicht als »Fertigprodukt« gegeben ist, sondern sich entwickelt, wobei permanent unvorhersehbar Neues entsteht. Das heißt: es gibt immer *Alternativen*, aus denen bestimmte Möglichkeiten im Prozess der Entwicklung ausgewählt werden, während andere nicht realisiert (oder unterdrückt)

werden; und entwickelt sich nicht gleich, sondern stets auf verschiedene Weise, immer als etwas *Besonderes*. Deshalb ist keine soziale Situation mit anderen identisch, keine Gesellschaft wie eine andere. Außerdem ist soziale Realität *heterogen* und *widersprüchlich*. Sie operiert mit verschiedenen Modalitäten, die teils ähnliche, teils verschiedene Effekte haben (können): Handlungen können beispielsweise durch Überzeugung, Gewohnheit, sozialen Druck (und durch alles zugleich) zustande kommen. Außerdem steht ein bestimmter Sachverhalt zugleich in verschiedenen Sinnzusammenhängen – nicht nur insofern, als dem einen ein Uhl dem anderen ein Nachtigall ist. Denn ein Ereignis kann in einem heterogenen Kontext verschiedene Funktionen (potentiell oder real) haben. Deshalb kann eine individuelle oder eine soziale Krise zugleich eine Chance sein. –

Sie kann, muss aber nicht. Es gibt keine vollständig determinierten sozialen Prozesse, weil das Zusammenspiel verschiedener eigendynamischer Faktoren eine Eigendynamik erzeugt, die ihre Bedingungen und Strukturen ständig aufs Neue erzeugt und verändert. – Schon diese wenigen Hinweise verdeutlichen, worin die besonderen Probleme sozialwissenschaftlicher Theoriebildung liegen. Ein solcher Gegenstand, der zugleich determiniert und offen, einheitlich und widersprüchlich, gleich und verschieden ist, entzieht sich einer eindeutigen theoretischen Rekonstruktion. Unveränderliche, gesetzmäßige Sachverhalte lassen sich durch Abstraktion auf Algorithmen reduzieren, in denen ihre Logik ohne Verlust erfasst wird. Theorien sozialer Prozesse leiden an dem unlösbaren Dilemma, dass in jedem konkreten Fall die allgemeine Logik auf besondere Weise variiert wird, so dass weder aus dem Allgemeinen auf das Besondere noch aus dem Prinzip auf Besonderen unmittelbar auf das Allgemeine geschlossen werden kann.

Dies bedeutet für Theorien, dass sie nicht mit definitiven logischen Algorithmen operieren können, sondern sich letztlich auf Interpretationsmodelle und -angebote beschränken müssen, die jeweils »vor Ort« konkretisiert, zusammengestellt, übersetzt werden müssen. Dieser *Anwendungsprozess* muss offen bleiben, soll er Gegenstandsnähe und Theorie erlauben – aber Offenheit heißt auch: nicht vermeidbares Risiko der Fehlinterpretation und Unmöglichkeit eines definitiven Richtigkeitsnach-

weises. – Dazu kommt als weiteres Problem, dass die verschiedenen Modalitäten, aus denen soziale Realität komponiert ist, nicht mit einer singulären Theorie behandelt werden können, sondern eine größere Zahl verschiedener Thematisierungsformen erlauben und erzwingen. Deshalb gibt es *nicht eine*, sondern *viele* verschiedene sozialwissenschaftliche Theorien, die zwangsläufig andere Perspektiven verwenden und andere Zusammenhänge hervorheben.

Es gibt noch ein weiteres Problem: Sozialwissenschaftliche Theorie bedeutet, dass Erkenntnisgegenstand und erkennendes Subjekt mindestens teilweise identisch sind. Das impliziert *wechselseitige Beeinflussung*. Die soziale Realität selbst gibt direkt und indirekt vor, was wie gedacht wird. Umgekehrt wird Wissen zum Teil der Realität. Wo es Alternativen gibt, ist Theorie – Erweiterung des Wissens über die Sache – immer auch eine »Einmischung« in die weitere Entwicklung der Sache selbst, wobei diese Einmischung aus verschiedenen Perspektiven möglich ist. Sozialwissenschaftliche Theorie ist daher zugleich Ausdruck und Beeinflussung sozialer Realität. Das gibt jeder Erkenntnis und jeder Anwendung von Erkenntnissen einen relativen Status – sie ist stets gebunden an bestimmte Voraussetzungen und steht für bestimmte Perspektiven.

Das alles hat zur Folge, dass sozialwissenschaftliche Theorien immer »unscharf« und unzulänglich sind, dass sie der Übersetzung bedürfen. Das gilt auch für die praktischen Ziele, für die sie verwendet werden soll: auch sie sind Teil der Realität, auf die sie sich beziehen, sind u. U. widersprüchlich, mischen sich in laufende Prozesse ein und sind daher begründungsbedürftig. Die Frage nach »praktischer Relevanz« führt daher als erstes zur Frage nach der Relevanz der Praxis und den (Hinter)Gründen der Fragestellung. – Von daher ist jede sozialwissenschaftliche Theorie ein Angebot, das zunächst selbst evaluiert werden muss; welches bestimmte Möglichkeiten und Grenzen hat und ausgesucht und ausprobiert werden muss (wobei beides selbst genauer zu bedenken ist). Und man kann von sozialwissenschaftlichen Theorien im Ernst nur eine – im Ergebnis offene – Erweiterung der reflexiven Kompetenz, nicht aber ein definitives »Ergebnis« erwarten.

Zur Entwicklung der Institutionstheorie

Auch die Theorie der Institution ist ein solches Angebot. Es ist entstanden in dem Bemühen um ein Verständnis der Frage, wieso Gesellschaften so sind, wie sie sind und wie sie sich erhalten. Es sind soziale Institutionen, die das Handeln steuern und kontrollieren, schrieb Emile Durkheim. Aber wie entstehen und wirken sie? Graham Sumner stellte sich ihre Entwicklung so vor: Am Anfang stehen Auseinandersetzungen mit wichtigen Themen, die Menschen im Zusammenleben bearbeiten müssen. Erfolgreiche Bemühungen werden zu Gewohnheiten (*habits*), die im Lauf der Zeit normativen Charakter bekommen und zu Sitten (*mores*) werden, bis sie schließlich einen stabilen und zwingenden Orientierungswert haben und Institutionen geworden sind.

Die (vor allem in den USA aktive) Schule der »funktionalistischen« Institutionstheorie (vgl. Chapin, 1935, Hertzler, 1946) knüpfte vor allem an den darin enthaltenen Gedanken der Leistung, die Institutionen für eine Gesellschaft erbringen, an und beschäftigte sich ausführlich mit dem Bestand, dem Aufbau, der Entstehung und Entwicklung von Institutionen, die Gesellschaften brauchen.

Arnold Gehlens Institutionstheorie verbindet die allgemeine Vorstellung der Notwendigkeit von Institutionen mit den Erkenntnissen der modernen anthropologischen Forschung. Er beschäftigt sich mit dem doppelten Effekt der repressiven Funktion von Institutionen: sie zwingen Menschen in festgelegte Muster, was einerseits verhindert, dass willkürliche und erratische Subjektivitätsäußerungen den Bestand von Gesellschaften gefährden, andererseits die Handelnden vom Entwicklungs- und Begründungsaufwand für Handlungen entlastet. Diese Entlastung ist für Gehlen wiederum die Bedingung für kulturelle Hochleistungen. Entsprechend ist Gehlens Konzept »konservativ«, es betont immer wieder die Notwendigkeit stabiler, bindender Institutionen. – Genau umgekehrt argumentieren die institutionskritischen Ansätze (etwa die *analyse institutionnelle* von Georges Lapassade): für sie sind es die gesellschaftlichen Institutionen, die die Menschen in ihrer Entwicklung im Interesse der

Aufrechterhaltung von Herrschaft bzw. eines problematischen Status Quo unterdrücken und deformieren.

Die institutionentheoretischen Diskussionen sind in letzter Zeit ziemlich zum Erliegen gekommen. Die funktionalistische Theorie kam letztlich über Bestandsaufnahmen nicht hinaus, während Gehlens Ansatz wie auch der seiner Widersacher im Sog der politischen Auseinandersetzungen wenige Möglichkeiten zur Weiterentwicklung hatten. Das heißt nicht, dass ihre Möglichkeiten erschöpft wären. Es bedarf jedoch zusätzlicher Überlegungen, um die Theorie der Institution zu einer produktiven Perspektive werden zu lassen. In Stichworten könnte ein solches Programm so aussehen:

Zunächst muss der Begriff »Institution« abstrakter gefasst werden. Das heißt: Institutionen müssen als *stabile Relation* in einem *dynamischen* und *kontingenten Prozess* verstanden werden, als eine nicht selbstverständliche Fest-Stellung von Realität angesichts von Alternativen und Veränderungen. Sie erbringen bestimmte Leistungen – die den Fluss der Realität steuern – und verursachen »Kosten« (d. h. sie sind Resultat von vorausgehenden konstitutiven Prozessen und setzen bestimmte Bedingungen voraus). Das bedeutet nicht zwangsläufig reibungsloses Funktionieren, sondern zunächst nur eine sinnvolle (wie immer komplexe und widersprüchliche) Beziehung zum Status Quo bei gleichzeitiger Distanz. Institutionen sind, so gesehen, zugleich Produkt von Entwicklungen und Modus ihrer Steuerung.

Zugleich ist zu bedenken, dass Institutionen stets auf einen spezifischen *Kontext* bezogen werden müssen. Sie existieren nicht »an sich«, sondern nur »bezogen auf«: Erst durch die *Bezugsperspektive* wird definierbar, was institutionellen Status hat. Da soziale Realität eine *multiple Struktur* hat und *verschiedene Ebenen* einschließt, gibt es entsprechend nur jeweils konkret und ebenenspezifische Institutionen – was innerhalb der Pädagogik als Institution fungiert, ist für die Wirtschaft deshalb noch lange keine; was auf der Ebene der Interaktion institutionellen Charakter hat (wie etwa Formen der Höflichkeit), ist makrosozial keine Institution. Gleichzeitig müssen Institutionen als Plural, im Kontext von anderen

Institutionen gesehen werden, auf die sie verweisen, für die sie ihre Leistungen erbringen und die für sie Leistungen erbringen.

Allerdings lassen sich unabhängig vom Kontext allgemeine institutionstheoretische Perspektiven entwickeln, die sich auf Entstehung und Entwicklung, Struktur und Dynamik von Institutionen aller Art beziehen. Die folgenden Überlegungen beziehen sich auf diese allgemeinen Perspektiven, wobei sich die Argumente auf die Ebene der sozialen Organisation konzentrieren.

Institutionstheoretische Perspektiven

Genese und Kontext von Institutionen

Als erstes stellt sich die Frage, warum und wie es zur Entstehung von Institutionen kommt. Diese Frage hat zwei wichtige Dimensionen. Die eine betrifft den *sozialen Bedarf*, die andere die *sozialen Ressourcen*. Hinter der Entstehung von Institutionen stehen immer Probleme, die behandelt werden müssen. Wenn es soziale »Fragen« gibt, entstehen auch soziale »Antworten« auf diese Fragen, zumindest dann, wenn es sich um ein hinreichend relevantes und real auftretendes Thema handelt. Wo also geklärt werden muss, wie beispielsweise erwirtschaftete Güter verteilt werden, entsteht ein Verteilungssystem. Wie ein solches Verteilungssystem aussieht, hängt nicht zuletzt davon ab, welche Möglichkeiten zur Verfügung stehen. Damit sind vor allem die im Kontext vorhandenen sozialen Ressourcen – wenn man so will: die wirksamen Institutionen des Kontextes. In einer Klassengesellschaft, in der alle Themen hierarchisiert werden, erfolgt unvermeidlich auch die Verteilung von Gütern nach klassenspezifischen Kriterien (weil andere soziale Modi nicht zur Verfügung stehen).

Bedarf und Ressourcen definieren die Konstitutionsbedingungen von Institutionen. Das Zusammenspiel von beiden hat selektive, aber auch produktive Aspekte; sie begrenzen sich gegenseitig, stimulieren sich aber auch. Ein hohes Maß an verfügbaren Ressourcen führt u. U. zur Entwicklung von nicht unbedingt »notwendigen« Institutionen, während

hoher Problemdruck einen kreativen Umgang mit den verfügbaren Ressourcen zur Folge haben kann.

Zu bedenken ist dabei, dass ein sozialer Bedarf weder eindeutig definiert noch widerspruchsfrei sein muss, dass er zudem überhaupt nicht in der Sprache humaner Bedürfnisse formuliert sein muss. Die Institutionalisierung eines Verteilungssystems der erwirtschafteten Güter wird zwar von den handelnden Akteuren beeinflusst, aber deren Einflüsse zielen in sehr verschiedene Richtungen (was auch für die vorhandenen Ressourcen gilt). Hinter den Intentionen der Akteure stehen abstraktere soziale Strukturen, die durch sie und über sie hinweg wirksam sind. Außerdem geht es u. U. nicht nur um *ein* Thema, sondern um *viele*, die direkt oder indirekt mitthematisiert werden – neben der Güter-Verteilung auch um Machtverhältnisse, um soziales Prestige, um ideologische Themen usw. Das alles mischt sich ein und wirkt sich aus. Von daher ist es eine idealisierende Abstraktion, wenn man von einem (isolierten) Thema von Institutionen ausgeht.

Niveau der Institutionalisierung

Bedarf und Ressourcen bilden den konfigurativen Hintergrund der Institutionalisierung. Dabei steht jedoch ein (mehr oder weniger breites) *Spektrum an Möglichkeiten* zur Verfügung, die sich nicht nur nach ihrer Form, sondern auch nach ihrem *Niveau* unterscheiden. Institutionalisierung kann minimalen Anforderungen entsprechen, aber auch weitaus differenzierter erfolgen. Dieses Spektrum der Institutionalisierung wird insgesamt bestimmt durch den Kontext und daher stets relativ: eine »liberale« Form der Erziehung aus dem 19. Jahrhundert würde heute als ausgesprochen autoritär eingeschätzt.

Das bedeutet, dass es im Funktionsniveau von Institutionen Schwankungen geben kann, dass es zu Veränderungen kommen kann. Es gibt Alternativen, die sozusagen bereit stehen, um ein gegebenes Funktionsniveau zu »ersetzen«; Alternativen in Form und Niveau der Institution, aber auch alternative Institutionen. Deinstitutionalisierung heißt daher immer auch Institutionalisierung: etwas anderes tritt an die Stelle – mit anderen

Leistungen und anderen Kosten. Wo Demokratie nicht (mehr) funktioniert, etablieren sich autokratische Entscheidungsformen und die damit verbundenen Konsequenzen.

Dabei gibt es so etwas wie eine untere Grenze, bis zu der das Funktionieren der Institution reicht. Es lassen sich beispielsweise unabdingbare Kriterien für ein demokratisches Steuerungssystem benennen. Wenn der politische Prozess keine Beteiligung der Betroffenen an Entscheidungen mehr einschließt, kann von Demokratie keine Rede mehr sein. Auf der anderen Seite können demokratische Formen der Politik auf sehr verschiedene Weise und in erheblichem Umfang ausgebaut, ausgeweitet, weiterentwickelt werden – nach oben ergeben sich Grenzen eher dadurch, dass die »Kosten« zu groß werden und/oder zu viele Widersprüche und Folgeprobleme auftreten. Je nach Relevanz der Institution wird dadurch auch der Kontext verändert. Wenn der politische Prozess einer Gesellschaft nicht mehr demokratisch strukturiert ist, kann auch von einer »demokratischen« Gesellschaft nicht mehr die Rede sein. Mit dem Unterschreiten des Minimalniveaus demokratischer Politik ändert sich die Gesellschaft qualitativ.

Für jeden sozialen Kontext gilt dabei, dass er ein bestimmtes Minimalniveau von Institutionalisierung sowohl definiert als auch erzeugt. Diese *Primärinstitution* steht sozusagen ohne Vorbedingung zur Verfügung und entspricht dem, was das dominante Strukturierungsprinzip ohne weiteres enthält. Übertragen auf das Thema Politik wäre der Einsatz von Macht und Gewalt ein solcher primärer Entscheidungsmechanismus, der immer und überall greift, wo andere Institutionen nicht bestehen. Macht und Gewalt sind zwar nicht voraussetzungslos, aber sie funktionieren bedingungslos – allerdings mit entsprechenden Risiken und Kosten. Dagegen sind *Sekundärinstitutionen* – Institutionen mit differenziertem Leistungsvermögen – voraussetzungsfull, verlangen die Entwicklung und Aufrechterhaltung von bestimmten inneren wie äußeren Strukturen, sind krisenanfällig usw. Bildlich ausgedrückt: Eine Wiese entsteht »von selbst«, ein »englischer Rasen« verlangt dagegen dauernde Pflege (dafür kann man auf ihm aber auch Golf spielen).

Entwicklung von Institutionen

Institutionen sind auf jeder Ebene sozialer Realität nicht einfach gegeben, sondern sie befinden sich in Entwicklung. Auch wenn sie für Kontinuität und Stabilität stehen, wäre es falsch, sie nur als fertige Produkte zu sehen. Sie entstehen und entwickeln sich im Austausch mit ihrem Kontext ständig weiter.

Man kann versuchen, die Entwicklung von Institutionen zu charakterisieren. Dafür gibt es eine Fülle von Modellvorstellungen. Sie alle versuchen, fortschreitende Stabilisierung zu erläutern. Daran anknüpfend könnte man versuchen, unterschiedliche Phasen der Institutionsentwicklung zu unterscheiden, zu denen ein jeweils unterschiedliches Leistungs- und Problemprofil gehört.

Danach beginnt Institutionsentwicklung mit einer *Generierungsphase*. Sie ist dadurch gekennzeichnet, dass in jeder Hinsicht Vorläufigkeit, Labilität und Improvisation dominieren. Dies zeigt sich etwa bei einer neu gegründeten Firma, aber auch bei der Entstehung von Theorien und Ideologien. Zunächst stehen nur primitive Modi der Themenbearbeitung und der Selbstorganisation zur Verfügung. Soweit die Institution von handelnden Akteuren getragen wird, dominiert der Typus des »Pioniers«. Attraktiv sind entstehende Institutionen vor allem für Akteure, die in bestehenden Kontexten nicht vollständig gebunden und daher offen für Neuerungen sind. Dieser Typus hat (dafür) keine »Fachausbildung«, ist eher Einzelkämpfer mit einer gewissen Exzentrizität und arbeitet in einem wenig elaborierten Kontext. Es dominiert die Problematik, die entstehende Institution (die Firma, die Theorie, die soziale Bewegung) zu definieren, abzugrenzen und gegen den erodierenden Sog des Kontextes durchzusetzen. Daher dominieren primäre Stabilisierungsmechanismen (wie etwa ein hohes Maß an Identifikation), während formale Strukturen noch unterentwickelt sind. Das Thema ist zugleich grob schematisiert und unscharf, bietet dadurch viel Abgrenzungs-, aber auch Definitionsmöglichkeiten.

Wenn Institutionen diese Phase überstehen und sich erfolgreich im Kontext etablieren, ändern sich innere wie äußere Verhältnisse. Eine jun-

ge und erfolgreiche Bewegung beispielsweise zieht Aufmerksamkeit auf sich, wird attraktiv, weil sie noch den Status des Neuen (und noch nicht den des Normalen) hat und zieht eine ganze Reihe von Sekundärinteressen auf sich. Das kann in einer Bewegung oder Organisation so etwas wie Goldgräberstimmung auslösen. Dadurch stoßen in dieser *Expansions- und Konsolidierungsphase* zu einer sozialen Bewegung aus allen Richtungen dynamische Akteure, aber auch Abenteurer aller Art. In dieser Phase verdichten sich die Aktivitäten, das Paradigma expandiert nach allen Seiten, während sich zugleich ein stabiler Kern herausbildet. Die soziale Struktur einer Bewegung stabilisiert sich, es kommt beispielsweise zu geordneten Formen der Kommunikation, zur Herausbildung von Binnenstruktur und geregelten Abläufen usw.

Diese Phase mündet in einen Prozess der *Normalisierung*. Das bedeutet vor allem, dass die Institution einerseits in den Kontext stabil integriert ist, dass sie andererseits im »Normalbetrieb« läuft. Damit werden etwa in sozialen Bewegungen die Typen der vorherigen Phasen abgelöst durch den Typus des Mitglieds mit einer Art von Normalbiografie, mit geregelter Ausbildung und wohldefinierter Position. Der institutionelle Prozess ist klar definiert und abgegrenzt, funktioniert auf der Basis von elaborierter Organisation und Routine – darin haben Pioniere keinen Platz, während er für Abenteurer nicht attraktiv ist. In Normalinstitutionen kann das Paradigma in seinen Möglichkeiten besser realisiert werden, aber auch seine Grenzen werden besser sichtbar.

Kein Normalzustand ist von endloser Dauer. Normalzustand heißt deshalb *permanente Neuakkommodation und -assimilation*, d. h. der Wandel ist das Normale. Daher oszillieren Institutionen um einen (fiktiven) Normalzustand, wobei diese Schwankungen auch davon abhängen, welche Eigendynamik äußere Verhältnisse und der innere Prozess zur Folge haben. Dabei sind zwei Möglichkeiten von besonderem Interesse. Einerseits besteht die Möglichkeit der Unterstrukturierung mit der Möglichkeit höherer Flexibilität und dem Risiko zu geringer Stabilität und damit Durchsetzungs- bzw. Widerstandsfähigkeit. Auf der anderen Seite können Institutionen überstrukturiert sein, d. h. sie besitzen so viel Eigenstabilität, dass sie resistent gegen Veränderungen werden. Diese Ultrastabi-

lilität spielt eine wichtige Rolle: Einerseits beruht gerade in der Fähigkeit zur Unabhängigkeit von externen Einflüssen die wesentliche Leistung von Institutionen. Aber damit ist das Risiko der Unbeweglichkeit und Sklerotisierung eng verbunden.

Für jede Phase der Institutionsentwicklung gibt es eine typische Struktur und ein typisches Problemprofil. Was für eine Pionierinstitution notwendig bzw. unvermeidlich ist, indiziert in einer Normalinstitution möglicherweise eine Krise. Aus dieser Perspektive ist es deshalb wichtig, festzustellen, in welcher Phase sich eine Institution befindet bzw. in welche Richtung sie sich bewegt, weil nur dadurch ersichtlich ist, ob das institutionelle Geschehen angemessen oder problematisch ist.

Produktiver und reproduktiver Prozess

Damit ist bereits eine weitere zentrale institutionstheoretische Dimension angesprochen. Sekundärinstitutionen (um die es im Folgenden vor allem geht) erbringen Leistungen, aber sie müssen selbst »gepflegt« werden. Beide Themen werden in der Literatur unter unterschiedlichen Titeln behandelt – etwa im Funktionsbegriff und in der Analyse der Bedingungen von Systemstabilität. Mit Blick auf ein dynamisches Verständnis von Institutionen bietet sich folgende Unterscheidung an: Ihre Leistungen werden im *produktiven Prozess* erbracht, während der *reproduktive Prozess* dafür sorgt, dass sie erhalten und entwickelt werden. Beide hängen eng zusammen, müssen jedoch analytisch getrennt werden.

Ginge man nur von offiziellen oder intentionalen Definitionen produktiver Leistungen aus, so würde ein Großteil nicht erfasst. Institutionen produzieren vieles, was sich in Intentionen gar nicht abbildet. Deshalb muss der produktive Prozess davon unabhängig und wesentlich weiter verstanden werden: er umfasst alles, was im Kontext an Veränderungen bewirkt wird. Eine Schule beispielsweise bringt nicht nur Rechnen und Schreiben bei, sondern auch Stillsitzen und Sozialverhalten, sie vermittelt Normen und Präferenzen, verteilt Chancen und bietet Kontakte, schafft Voraussetzungen für Karrieren und soziale Hierarchisierungen; sie ent- (und be)lastet Eltern, ist der soziale Ort der Verbreitung vom Moden und

Interessen, bietet Raum für vielfältige Nebenaktivitäten; sie beschäftigt Lehrer und Verwaltungsbeamte, Busfahrer und Verkehrspolizisten; sie organisiert Formen räumlicher und sozialer Mobilität, vermittelt soziale Identitäten usw.– es wäre daher entschieden zu kurz gedacht, bezöge man sich nur auf die Funktionen, die sich in den Interpretationen der Akteure spiegeln.

Das heißt aber auch, dass der Blick auf den produktiven Prozess mit differenzierten Perspektiven arbeiten muss. Man kann die Art und Weise, wie Teenager-Moden bzw. -Ikonen (Kleider, Musik) produziert und verteilt werden, nicht auf die gleiche Weise erfassen wie Verbesserung der Rechenfähigkeiten. Erst recht bedarf es einer sorgfältigen Anpassung der Methoden bei der Auseinandersetzung mit den produktiven Leistungen von Institutionen auf anderen Ebenen sozialer Realität, etwa Interaktionsstrategien oder soziale Subsysteme.

Es geht also darum, *alle* produktiven Leistungen zu erfassen. Dies ist von entscheidender Bedeutung, weil das Verständnis der Beziehung von manifesten und latenten Funktionen für die Dynamik des produktiven Prozesses wichtig ist. Wenn man den Blick nur auf das Schreiben-Lernen beschränkt, übersieht man, welche Bedeutung die Zuteilung von Sozialstatus in Schulen hat und wie sich dies Thema in Lehrplan und Unterricht einschreibt. Es kommt also auf das Verhältnis der unterschiedlichen Leistungen von Institutionen an – ihre Hierarchie, ihre wechselseitige Beeinflussung. In vielen Fällen bestimmen nichtintendierte Leistungen das intentionale Geschehen. Entscheidend ist daher, dass weder die Produkte von Institutionen noch der Prozess der Produktion mono-logisch gesehen werden.

Analoges gilt für den *reproduktiven Prozess* von Institutionen. Hier geht es darum, die jeweils spezifischen Vorgänge, die sie entwickeln und am Leben erhalten, zu erfassen (was bei Interaktionen, Organisationen, Subsystemen, Kommunikationsnetzen sehr verschieden aussieht). Eine allgemeine Charakterisierung des reproduktiven Prozesses fällt daher auch sehr abstrakt aus: es geht darum, die Bedingungen der Institutionalisierung zu gewährleisten. Betrachtet man beispielsweise Interaktion als Institution, so lässt sich eine Reihe von Erfordernissen identifizieren.

Interaktion impliziert eine bestimmte Binnenstruktur. Sie schließt z. B. ein:

- die *Auswahl der Themen*, mit denen sich die Interaktion beschäftigt;
- die Regulierung der *Zugehörigkeit und des Zugangs*, wobei für die Interaktionsteilnehmer spezifische Positionen, Rollen, Identitäten zur Verfügung stehen müssen;
- die Steuerung des interaktiven Geschehens über Normen, Interaktionsformen, d. h. eine *Interaktionsordnung*;
- die Dimension der *Kontrolle und Steuerung* der Interaktionsordnung, was die Definition der Situation (inklusive normativer Prämissen, etwa Vorstellungen über Legitimität und Selbstbegründung), das Aushandeln von Interaktionsordnung und Definition und das Muster dieses Aushandlungsprozesses (d. h. eine Machtstruktur) einschließt;
- interne wie externe *Grenzziehungen und Regulationen von Übergängen*;
- die Gewährleistung eines bestimmten *Austauschs* mit der Umgebung.

Es handelt sich, wie diese wenigen Hinweise bereits verdeutlichen, um einen hochkomplexen Prozess. Interaktion läuft nicht »von selbst«, sondern nur, wenn dauerhaft ein breites Spektrum sehr spezifischer Voraussetzungen erfüllt ist. Ein Großteil dieses reproduktiven Prozesses wird durch Vorleistungen erbracht: Interaktionen fangen meist nicht bei Null an, sondern setzen einen bestimmten Entwicklungsstand von Themen, wohlsozialisierte Akteure, einen bestimmten Vorrat an Interaktionsformen usw. voraus, auf den sie unmittelbar zugreifen können. Außerdem ist ein Großteil von Interaktionen durch die Struktur von Situationen angebahnt: ein Supermarkt ist für bestimmte Themen(-behandlungen) eingerichtet und legt bestimmte Abläufe nahe. Ein weiterer Teil des reproduktiven Prozesses wird nicht über dezidierte Zuwendung, sondern *in actu*, im Verlauf der Interaktion (mit)erbracht. Wenn etwa an den Stand eines Themas direkt angeknüpft wird, so erfüllt dies die Funktion der Themenauswahl, ohne dass diese Selektion dezidiert vollzogen würde. Nur in Ausnahmefällen wird Interaktion dominant reflexiv, beschäftigt

sich explizit mit sich selbst; ein Vorgang, der bekanntlich ebenso aufwendig wie dynamisch ist. – Aber auch im »Normalfall« ist der reproduktive Aufwand erheblich. Bei genauem Hinsehen wird deutlich, wie zu jedem Zeitpunkt einer Interaktion Voraussetzungen abgerufen, überprüft, korrigiert und eingebracht werden, ohne die sie als ausdifferenzierte Institution keine Überlebenschance hätte.

Auf anderen Ebenen der sozialen Realität weist der reproduktive Prozess von Institutionen entsprechend andere Merkmale auf. So führt die Aggregation von Interaktionen in (bzw. zu) Organisationen vor allem dazu, dass ein höheres Maß an Spezialisierung und Arbeitsteilung möglich wird. Dadurch ist es möglich, dass produktiver und reproduktiver Prozess stärker getrennt und eigenständiger behandelt werden. In einfachen Sozialsystemen (wie einer Interaktion) lässt sich beispielsweise nicht nur deshalb wenig Wissen vermitteln, weil es an Dauer fehlt, sondern auch deshalb, weil eine einzelne Interaktion nicht imstande ist, sich selbst auf differenzierte Themen hin zu spezialisieren bzw. die dafür notwendigen reproduktiven Leistungen zu erbringen. Dagegen kann eine Schule oder eine Universität über Arbeitsteilung ein Netz von Interaktionen erzeugen, in dem dann hochspezifische Interaktionen möglich werden, weil in einer Vielzahl von Vorleistungen entsprechende Einrichtungen hergestellt, Material beschafft, Zeiten und Räume abgestimmt, Personal ausgebildet usw. werden. Kurz: der reproduktive Prozess von Organisationen gewährleistet die Entwicklung des produktiven, muss dazu jedoch als soziale Realität *sui generis* operieren.

Weder der produktive Prozess noch der reproduktive Prozess von Institutionen müssen eindeutig, stabil und konsonant sein. Wenn die Schule beispielsweise *zugleich* Anpassung und Selbständigkeit vermitteln soll, ergeben sich zwangsläufig Widersprüche. Selbst wenn es eindeutige Themendefinitionen gibt, bedeutet dies nicht, dass sie von allen beteiligten Akteuren auch gleich verstanden und ausgelegt wird. Es ist daher mit Auseinandersetzungen um Definitions- und Durchsetzungsmacht zu rechnen. – Auch die Aufrechterhaltung von Institutionen ist keineswegs eindeutig strukturierbar. Wo beispielsweise von Mitgliedern Eigenaktivität erwartet wird, müssen die Rollendefinitionen sowohl Bindung als auch

Offenheit einschließen, wobei es kein Idealmaß, sondern jeweils nur Muster mit verschiedenen Vor- und Nachteilen gibt.

Die Beziehung zwischen produktivem und reproduktivem Prozess ist zunächst dadurch bestimmt, dass ersterer dominiert. Die reproduktiven Leistungen ergeben sich aus den Erfordernissen der produktiven. Auf der anderen Seite organisiert sich kein produktiver Prozess von selbst, sondern auf der Basis der verfügbaren Ressourcen. Die dabei verwendeten Mittel färben ab auf seine Möglichkeiten und Grenzen. Ein elaborierter reproduktiver Prozess betreibt aktive Themendefinition und hat so erhebliches Eigengewicht, dass er sich zwangsläufig auf den produktiven auswirkt. Daraus ergibt sich zwangsläufig die Möglichkeit von Konflikten und Widersprüchen. Je differenzierter Institutionen sind, desto eher ergeben sich systematische Konflikte und Reibungsflächen zwischen produktiven und reproduktiven Prozessen. Unabhängig davon besteht die Möglichkeit, dass sich Themen u. U. überhaupt nicht sinnvoll oder nur unzulänglich institutionalisieren lassen (vgl. Abschnitt zur ›Themenspezifität‹ unten). Informelle Leistungen institutionalisieren sich ohnehin mehr oder weniger von selbst und passen damit nicht unbedingt mit offiziellen Institutionszielen zusammen. Kurz: Konflikte und Widersprüche innerhalb und zwischen den verschiedenen Prozesstypen sind eher der Normalfall als die Ausnahme. Entsprechend ergibt sich als eine zentrale reproduktive Zusatzaufgabe die Entwicklung von Bewältigungsstrategien (die, je nach Niveau und Kompetenz), von Verleugnung über Ausagieren bis zur Kompromissbildung reichen können).

Prozesstypen

Die (analytische) Unterscheidung in produktiven und reproduktiven Prozess bezieht sich auf die logische Struktur von Institutionen, darauf, dass Institutionen Leistungen erbringen, aber auch Leistungen voraussetzen. Aus beidem ergibt sich ein Gesamtprozess, der, soviel wurde bereits deutlich, nicht eindeutig und homogen, sondern vielschichtig und heterogen verläuft. Was bisher noch nicht hinreichend unterschieden wurde, sind qualitative Differenzen, die sich aus der Logik der jeweiligen (Teil)Pro-

zesse ergeben. Zwei wichtige Dimensionen sollen kurz angesprochen werden.

Offene und verdeckte Prozesse

Überall dort, wo Institutionen eine sozialräumliche Ausdehnung besitzen und zugleich ein entsprechender Bedarf besteht, gibt es Aufteilungen, die mit unterschiedlichem Grade der Zugänglichkeit verbunden sind.

Von Goffman stammt die Unterscheidung in »Vorderbühne« und »Hinterbühne« in Interaktionen und Organisationen. Auf der »Vorderbühne« findet das statt, was für ein (bzw. mit einem) bestimmten Publikum »aufgeführt« wird. Das Klassenzimmer in der Schule, der Gasträum eines Restaurants, der Verkaufsraum eines Supermarkts, das Wohnzimmer einer Familie – das alles ist (bezogen auf eine bestimmte Konstellation von sozialen Gruppen) jeweils »Vorderbühne«. Was sich hier jeweils abspielt, ist gewissermaßen die offizielle »Außendarstellung« bzw. »Aufführung«. Was nicht dazu passt oder das jeweilige Publikum nicht sehen soll, weil es als »störend« für die Außendarstellung gilt, hat dagegen auf der »Hinterbühne« seinen sozialen Ort: Lehrer schimpfen im Lehrerzimmer über die Schüler, Kellner machen sich über Gäste lustig, im schmutzigen Lagerraum des Supermarkts liegen Bananen auf Tomaten, im Schlafzimmer stapeln sich die aus dem Wohnzimmer weggeräumten Bücher, Kleider usw.

Dabei kann es sich um feste Anordnungen, aber auch um relative Unterteilungen handeln. Auch das Lehrerzimmer ist »Vorderbühne« (im Kontakt unter den Lehrern), zu der es eine »Hinterbühne« (etwa in Form von separaten Privatgesprächen) gibt. – Die zentrale Funktion dieser Unterteilung ist die jeweilige Entlastung der verschiedenen Abläufe von (zusätzlichen) Leistungs- und Legitimationsansprüchen – wenn auf der Hinterbühne über Kunden gelästert wird, ist es möglich, auf der Vorderbühne weiter höflich zu bleiben und sich trotzdem von Frust und Ärger zu entlasten. Wichtigste Voraussetzung ist die Möglichkeit der Zugangskontrolle: das jeweilige Publikum darf keinen (leichten) Zugang zur Hinterbühne haben. Das wichtigste Risiko dieser Segmentierung liegt in der Möglichkeit der Produktion von irreführenden »Fassadenrealitäten«. –

Dies gilt erst recht, wenn es sich um Themen handelt, die als illegal/illegitim gelten. Ihre Institutionalisierung setzt voraus, dass es einen schwer oder gar nicht zugänglichen »Untergrund« gibt, wo sich die erforderlichen produktiven und reproduktiven Aktivitäten abspielen können – zumindest da, wo es nicht möglich ist, die entsprechenden Vorgänge unauffällig in den laufenden Betrieb einzupassen (was etwa bei der Benutzung des Diensttelefons für private Zwecke durchaus möglich ist). Wer mit illegalen Drogen schmuggelt, Steuern hinterzieht oder sich Kartellabsprachen durchführt, braucht und entwickelt stabile Abschirmungen oder gute Tarnungen. Es liegt auf der Hand, dass hier das Täuschungsrisiko noch viel ausgeprägter ist (es geht ja gerade darum, bestimmte Realitäten »unsichtbar« funktionieren zu lassen). Das Verhältnis von »Untergrund« und öffentlicher Realität ist jedoch meist komplex. Schließlich behandelt der Untergrund Bedürfnisse, die illegal/illegitim, nichtsdestotrotz ganz real sind. Insofern besteht in gewisser Weise eine Art Arbeitsteilung zwischen öffentlicher und verdeckter Realität, wo nicht sogar eine heimliche Komplizenschaft vorliegt.

Manifeste und latente Realität

Der Zugang zu verdeckter Realität ist, das liegt in der Logik der Sache, erschwert. Es handelt sich jedoch sowohl bei der »Hinterbühne« als auch beim »Untergrund« um *manifeste*, d. h. empirisch fassbare und logisch ohne weiteres evidente Zusammenhänge – man muss sie nur entdecken (was für mit aufwendigen empirischen Verfahren bepäckte Sozialwissenschaftler oft unmöglich ist). Schwierigkeiten anderer Art stellen sich bei realen Prozessen, die zwar nicht unbedingt verdeckt, aber schwer zu fassen sind, weil sie keine materiale Präsenz und/oder unmittelbare Wirksamkeit besitzen. Vor allem nicht-intentionale Leistungen, aber auch viele Aspekte des formellen und offiziellen Geschehens vollziehen sich als mitschwingende und indirekt beteiligte Wirkungen, nicht sichtbare Zusammenhänge, kurz: als *latente Realität*. »Latent« heißt: verborgen; vorhanden, aber nicht in Erscheinung tretend. Wenn Lehrer Schüler nicht nur wegen schlechter Leistungen bestrafen, sondern weil sie sie nicht leiden können, wenn Bewertungen »ausgehandelt« werden, wenn Theoretiker

sich nicht nur aus sachlichen Gründen streiten, sondern auch, weil sie recht haben oder andere abwerten wollen, wenn Gruppenideologien auch die Funktion haben, brüchigen Sozialstatus zu stützen, wenn Moral auch dazu dient, Aggressionen auf legitime Weise auszuleben und kulturelle Riten die Funktion von Angstabwehr haben – dies alles sind Prozesse, die latent ablaufen.

Latente Prozesse können als »Nebenthemen« mitlaufen, aber auch hochdynamisch das Geschehen steuern. Wo die Konkurrenz zwischen Theoretikern dominiert, wird die Diskussion über die jeweilige Sache u. U. zur Nebensache – man sucht nach Gründen, den jeweiligen Gegner zu kritisieren, verzerrt Argumente, instrumentalisiert »richtige« Argumente für private Zwecke usw. Die – scheinbare – Sachauseinandersetzung folgt dann einer sachfremden Logik, die sich jedoch in der Sachlogik ausdrückt. – Auch hier ist zu bedenken, dass es sich nicht einfach um »Dysfunktionen« handelt, sondern um hochrelevante Wirklichkeitsanteile, aber um solche, zu denen der unmittelbare Zugang versperrt ist. Anders als bei verdeckter Realität reicht es hier nicht aus, Zugangssperren zu überwinden; es muss die Logik gewechselt werden. Während legale und kriminelle Wirtschaft vom Typ her nicht verschieden sind, unterscheiden sich bewusste und unbewusste Prozesse, manifeste und latente Gruppenstrukturen systematisch, d. h. in der Art ihres Zustandekommens und ihres Funktionierens. Außerdem bedeutet Latenz auch, dass nur indirekte Nachweise möglich sind. Daher stellt sich hier das Problem der Zugänglichkeit auf besondere Weise: weder kann mit der im manifesten Bereich erfolgreichen Logik operiert werden noch sind empirische Nachweise und Überprüfungen ohne weiteres möglich. Theorien latenter Prozesse beinhalten daher unvermeidlich auch Spekulationen, Interpretationen sind und bleiben riskant und anfällig für Projektionen. Dieses Problem ist nicht behebbar, sondern nur institutionalisierte Selbstreflexion relativierbar.

Risiken und Chancen

Die bisherigen Überlegungen bezogen sich darauf, dass Institutionen einerseits in Kontexten bestehen, andererseits ein Eigenleben führen; dass sie Funktionen zugewiesen bekommen, zugleich jedoch eigendynamische soziale Prozesse sind; dass interne Strukturen wie der Austausch mit dem Kontext heterogen und widersprüchlich sein kann und dass Institutionen Leistungen erbringen, zugleich jedoch für ihr Bestehen auch Leistungen erforderlich sind. Generell gilt dabei, dass jede Institutionalisierung bestimmte Chancen eröffnet, zugleich jedoch auch Risiken mit sich bringt. Die Leistung von Institutionen besteht darin, dass sie bestimmte Relationen, die sonst nicht möglich wären, ermöglichen und dadurch selektive wie konstitutive Vorgänge konstituieren. Dass dies nicht einfach normativ als positiv eingeordnet werden kann, liegt auf der Hand. Auf der einen Seite ist, wie bereits angedeutet, der Effekt der Institutionalisierung nicht einheitlich – was den Lehrern gefällt, muss den Schülern noch lange nicht bekommen. Zum anderen lassen sich selbstverständlich auch destruktive und repressive Institutionen auf diese Weise thematisieren. Auch die Gestapo, die Hexenjagd, das Menschenopfer hatten (bzw. haben) institutionellen Charakter und lassen sich entsprechend analysieren.

Aus diesem Grund sind Effekte von Institutionen ebenfalls relativ zu sehen: Es muss eine Referenzebene und eine Perspektive angegeben werden, auf die hin die Wirkungen evaluiert werden. Ohne vorher zu bestimmen, ob die Schüler- oder die Lehrerperspektive gewählt wird, lässt sich nicht sinnvoll bestimmen, ob ein Effekt konstruktiv oder destruktiv wirkt. Aber selbst dann kann nicht von eindeutigen Wirkungen ausgegangen werden. Wahrscheinlicher ist bei komplexen Themen und komplexen Leistungen, dass auch sie heterogen und widersprüchlich sind. Eine gut funktionierende Geheimpolizei wie die Stasi stabilisiert und destabilisiert eine autoritäre Gesellschaft zugleich. Das verweist auf die Zeitdimension. Sowohl Chancen als auch Risiken, die mit Institutionen verbunden sind, haben u. U. eine verzögerte oder eine akkumulative Wirkung, die sich erst im Lauf der Zeit ergibt. Schon daher sind Leistungen nicht stabil, sondern unterliegen einer spezifischen Eigendynamik. Ob sich dabei Chancen und

Risiken überhaupt realisieren, hängt vom Zusammenspiel von Institution und Kontext ab: davon, was der Kontext abrufen, was die Institution aufgrund ihrer internen Struktur erzeugt, was an weiteren themenbezogenen Institutionen wirkt. Wenn das System der Güterverteilung Ungleichheit erzeugt, hängen die Folgeeffekte nicht nur von der Art der Ungleichheit ab, sondern auch davon, wie strukturell ungleich der Kontext bereits ist und wie er auf Ungleichheiten reagiert. Deshalb ist es sinnvoll, Institutionsanalyse systematisch anzulegen, d. h. so etwas wie eine »Gesamtbilanz« aller Leistungen und Kosten zu erstellen. Eine solche Bilanz umfasst idealiter *alle Effekte* bzw. *Kosten* und differenziert sie nach Kontextbedingungen (also bezieht Schule auf Lehrer und Schüler), stellt also umfassend die (nicht nur auf Personen, sondern auch auf Strukturen bezogene) Frage, wer was leisten muss, damit wer was bekommt. Sie darf jedoch nicht auf eine singuläre Möglichkeit festgelegt werden, sondern muss das gesamte Spektrum und die Modi der Auswahl aus diesen Möglichkeiten erfassen können.

Wenn diese Bilanz normative Funktionen haben soll, es also um Entscheidungen für oder gegen Optionen geht, ist zudem erforderlich, die Leistungen und Kosten, Risiken und Chancen, die mit Institutionen verbunden sind, im Zusammenhang mit möglichen Alternativen zu sehen. Erst wenn auch beurteilt werden kann, was eine andere Bildungs-Institution für Konsequenzen hätte, lässt sich Schule tatsächlich beurteilen. – Dies ist ein heikles Unterfangen. Selbst wenn Alternativen an anderer Stelle institutionalisiert sind, ist ein Vergleich meist problematisch. Eine Fülle von Beispielen verdeutlicht, dass das, was in einer Industriegesellschaft kompatibel funktioniert, in einer Agrargesellschaft verheerende Wirkungen haben kann. Erst recht schwierig ist die Einschätzung von Alternativen, wenn sie nicht realisiert sind und daher ihre volle Dynamik unkalkulierbar bleibt. Dies verführt gerade bei Institutionskritik dazu, Alternativen zu idealisieren (positiv oder negativ), d. h. ihnen Wirkungen projektiv zuzuschreiben, die aus der Einstellung zu bestehenden Institutionen resultieren.

Themenspezifität

Bisher wurde die Frage, um welche Themen es überhaupt geht, ausgeklammert. Auch diese Frage kann hier nicht hinreichend erörtert werden. Sie müsste, ausgehend von allgemeinen Vorstellungen über Form und Inhalt sozialer Realität, genauer (ebenenpezifisch) bestimmen, was jeweils wofür Thema ist bzw. sein muss. – Hier muss ein kurzer Hinweis darauf genügen, dass es beispielsweise möglich ist, anhand der zu institutionalisierenden Form der Praxis zu unterscheiden:

- *instrumentelle Institutionen* (die der Auseinandersetzung mit in Zweck/Mittel-Relationen definierbarer Praxis gewidmet sind);
- *intermediäre Institutionen* (die Steuerung, Verbindungen und Austausch ermöglichen);
- *reflexive Institutionen* (in denen die Bedingungen von Praxis, Steuerung und Verbindungen entwickelt, ausgewählt und reflektiert werden).

Auch diese Unterscheidung ist rein analytisch zu verstehen. Empirische Institutionen operieren stets mit allen drei Typen. Auch Institutionen mit vorrangig instrumentellen Themen (wie Fabriken) brauchen einen institutionalisierten Austausch und Selbststeuerungseinrichtungen; auch Organisationen mit hochgradig reflexiver Thematik (Politik, Therapie, Pädagogik) sind auf Formen der Verbindung und des Austausches angewiesen. Dennoch lassen sich auch hier spezifische Anforderungs- und Problemprofile der einzelnen Typen skizzieren. So lassen sich beispielsweise in instrumentellen Institutionen produktive und reproduktive Prozesse klar trennen – das Verteilen von Briefen und das Betriebsklima der Post sind völlig verschieden (auch wenn sie sich gegenseitig beeinflussen). Dagegen sind beide bei reflexiven Institutionen ein Stück weit identisch: die soziale Struktur der Schule und die Art des Unterrichts sind von der gleichen Art, genau wie die sozialen Bedingungen und die Wirksamkeit von Therapie nicht gegeneinander abzuschotten sind. Daher gibt es hier ein wesentlich intensiveres

Austauschverhältnis – das soziale Klima der Schule bestimmt den Unterricht ganz wesentlich. Außerdem können (aus ähnlichen Gründen) reflexive Institutionen ihr Thema nie eindeutig festlegen und festhalten, es verändert sich unentwegt, bleibt vieldeutig und mehrdimensional und kann daher auch nur begrenzt »technisiert« werden. Daher bleibt der produktive Prozess sowohl unscharf als auch unbestimmt; er muss immer wieder aufs Neue ausbalanciert werden, was eine erhebliche Belastung des reproduktiven Prozesses darstellt und zu einer Art »Dauerkrise« der Institution führt. Daher befinden sich Philosophie, Sozialwissenschaften, Gesellschaftskritik usw. in einem permanenten Prozess der Selbst-Thematisierung.

Wozu Institutionsanalyse?

Der vorherige Abschnitt skizzierte allgemeine institutionsanalytische Perspektiven. Sie stellen themen- und ebenenunabhängige Zugänge zum Problemkomplex der Entwicklung, Funktionieren und Erhaltung von Institutionen dar. Ausgehend von der Vorstellung, dass Institutionen stabile Relationierungen darstellen, die Leistungen erbringen, aber auch Kosten verursachen (und verbunden mit der Aufforderung, die eigenen Perspektiven zu überprüfen), wenden sie sich verschiedenen Dimensionen zu:

- die Konfiguration von Bedarf, Ressourcen und Kontextbedingungen, auf die eine Institution bezogen ist (was die Frage, wer oder was profitiert und wer oder was »zahlt«, einschließt);
- das Niveau, auf dem Institutionalisierung stattfindet und die möglichen Alternativen;
- die Entwicklungsphase, in der sich eine Institution befindet (und die damit verbundenen Tendenzen und Problemen);
- den produktiven und den reproduktiven Prozess einer Institution – was sie bewirkt und wie sie sich über Binnenstruktur und im Austausch mit der Umwelt erhält bzw. erhalten wird;
- manifeste und latente Prozesse von Institutionen;

- themenspezifische Differenzen.

Eine konkrete Anleitung zur Analyse einer bestimmten Institution ist dies noch nicht, lediglich ein Angebot an Perspektiven. Sie müssen themen- und ebenenspezifisch konkretisiert werden, was auch heißt, dass jeweils angemessene theoretische Interpretationen und empirische Methoden ausgesucht und genutzt werden müssen. Die eigentliche Arbeit beginnt also erst; ein orientierendes Konzept kann diese Arbeit nicht ersparen und auch nicht für ihren Erfolg garantieren (siehe Einleitung).

Die Leistung des Konzepts liegt darin, dass sie den Blick auf wichtige Dimensionen öffnet. Zudem lassen sich aus den einzelnen Theoremen eine Reihe von weiteren Perspektiven gewinnen. So lassen sich beispielsweise die besonderen Bedingungen der Institutionalisierung von selbstreflexiven Prozessen und damit verbundene strukturelle Probleme entlang dieser Vorgaben untersuchen. Man kann etwa versuchen, den Bedarf an Selbstreflexion in bestimmten Bereichen moderner Gesellschaften und die dafür zur Verfügung stehenden Ressourcen bestimmen (und würde dabei möglicherweise auf widersprüchliche Konstitutions- und Reproduktionsbedingungen von Subjektivität wie auf neue Formen gesellschaftlicher Integration und Individualisierung stoßen). Es wäre außerdem möglich, das Verhältnis von primären Mechanismen und institutionalisierter Selbstreflexion zu untersuchen. Dabei würde deutlich, dass – anders als bei instrumentellen Themen – beides nur schwer zu trennen ist, d. h. beispielsweise auch Therapie bleibt gebunden an reflexive Alltagsstrategien. Des weiteren könnte man einen genaueren Blick auf das Spektrum der Bedingungen, Leistungen und Kosten bestimmter Formen von Selbstreflexion (was beispielsweise bei Politik von sozialer Kontrolle, Anpassung und Umdefinition bis zu Emanzipation und Desintegration – u. U. vermischt – einschließen kann) wie auch auf die dafür erforderlichen reproduktiven Leistungen (Stabilisierung von Theorie, Generierung von kompatiblen sozialen Bedingungen, Ernährung von Therapeuten etc.) sowie die damit verbundenen Möglichkeiten und Risiken werfen. Es würde dann u. U. deutlich, dass mit der Institutionalisierung von Therapie bestimmte Risiken für die Therapeutenrolle verbunden sind: die Rückwirkungen der

sozialen auf die persönliche Identität, die Schwierigkeit, ein verbindliches Paradigma zu entwickeln usw. Darin werden generelle Probleme institutionalisierter Selbstreflexion erkennbar: dass ein »Normalzustand« letztlich nicht erreichbar ist, dass die Institution immer »unterentwickelt« bleibt (und darauf möglicherweise mit rigiden Bewältigungstechniken reagiert) und dass produktiver und reproduktiver Prozess nicht stabil getrennt werden können und sich daher ständig wechselseitig beeinflussen.

Eine weitere Perspektive ergibt sich, wenn man analysiert, warum welche Methoden der Institutionalisierung für welche Themen benutzt werden. Instrumentelle Formen für reflexive Themen und umgekehrt verweisen darauf, dass Themen nicht richtig erkannt werden, dass die erforderlichen Ressourcen nicht verfügbar sind – oder dass es sich um absichtliche Fehlformatierungen handelt. Goffman (1972) hat am Beispiel psychiatrischer Institutionen gezeigt, was es beispielsweise bedeutet, wenn die Behandlung psychischer Krankheiten so betrieben wird, als wären Patienten materiale Objekte – und umgekehrt: was es bedeutet, wenn versucht wird, diese Art von folgenreicher Problembewältigung zu vermeiden. Eine solche Analyse lässt daher Rückschlüsse auf die bedingenden Faktoren, die Effekte, aber auch auf die Problemlagen möglicher Alternativen zu.

Dies alles muss jedoch im Einzelfall konkret untersucht werden. Institutionen sind ständig mit ihren Themen (den sichtbaren und den unsichtbaren), aber auch mit sich selbst im Austausch mit ihrem Kontext beschäftigt (und die Institutionstheorie kann erklären, warum dies eine nicht abschließbare Daueraufgabe ist und bleibt). In diesem dauernden Prozess der Selbst-Entwicklung kann die Institutionstheorie eine Hilfestellung bieten – ohne dass dies die Problematik vereinfacht. Wenn beispielsweise deutlich wird, dass therapeutische oder pädagogische Prozesse aus strukturellen Gründen nicht widerspruchsfrei perfektionierbar sind (sondern nur die Wahl zwischen verschiedenen Risiken bleibt), stellt dies eher eine Belastung dar, weil die Hoffnung auf eine definitive Lösung von drängenden Problemen sich als naiv erweist. Aber immerhin schaut

man den Schwierigkeiten genauer ins Auge. Genau das ist jedoch die Bedingung jeder produktiven Institutionskritik.

► Anmerkungen

- * Hervorgegangen aus: Schülein, Johann August (2002). Organisationen als Institution. In: Harald Pühl (Hrsg.), *Supervision. Aspekte organisationeller Beratung*. Berlin: Leutner-Verlag.

► Literatur

Chapin, F. Stuart (1935). *Contemporary American Institutions: A Sociological Analysis*. New York: Harper & Bros.

Durkheim, Emile (1965). *Die Regeln der soziologischen Methode*. Berlin: Luchterhand.

Gehlen, Arnold (1961). *Anthropologische Forschung*. Reinbek: Rowohlt.

Gehlen, Arnold (1958). *Die Seele im technischen Zeitalter. Sozialpsychologische Probleme in der industriellen Gesellschaft*. Reinbek: Rowohlt.

Gehlen, Arnold (1975). *Urmensch und Spätkultur. Philosophische Ergebnisse und Aussagen*. Frankfurt am Main: Athenaion.

Goffmann, Erving (1968). *Wir alle spielen Theater. Selbstdarstellung im Alltag*. München: Piper.

Goffman, Erving (1972). *Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Hertzler, Joyce Oramel (1946). *Social Institutions*. Lincoln: University of Nebraska Press.

Lapassade, Georges (1972). *Gruppen, Organisationen, Institutionen*. Stuttgart: Klett.

Lapassade, Georges (1975). *Der Landvermesser*. Stuttgart: Klett.

Lapassade, Georges & Loreau, René (1971). *Clefs pour la sociologie*. Paris: Seghers.

Sumner, William Graham (1906). *Folkways*. Boston: Athenaeum Press.

Sumner, William Graham & Keller, Albert Galloway (1927). *The Science of Society, Bd. 1-4*. New Haven: Yale University Press.

Schülein, Johann August (1987). *Theorie der Institution. Eine dogmengeschichtliche und konzeptionelle Analyse*. Opladen: Westdeutscher Verlag.